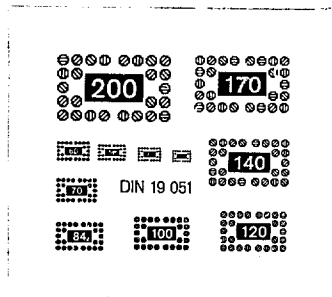


SPD

Parteitag



Beschlüsse zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

23. April 82 München
Olympiahalle

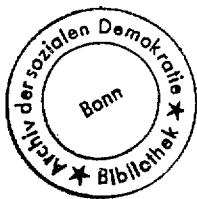
Dokumente

SPD
Parteitag

**Beschlüsse
zur Außen-,
Friedens- und
Sicherheitspolitik**

19.-23. April 82 München
Olympiahalle

	Seite
Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	3



Antrag 1

Sicherheitspolitik

A.

1. Die Menschheit will Frieden. An seiner Sicherung mitzuwirken, ist die wichtigste Aufgabe unseres Landes.

Ziel deutscher Friedenspolitik ist es, Kriege zu verhindern und Bedingungen zu schaffen, die einen dauerhaften Frieden möglich machen.

Die SPD ist Partei der Freiheit und Menschenrechte. Die Bindung in die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis drückt die Gemeinsamkeit der grundlegenden politischen Wertvorstellungen und Interessen aus; sie bleibt unabdingbare Grundlage unserer Politik.

2. Das Schicksal der Menschheit wird sich auch daran entscheiden, ob sie

- die Aufrüstung stoppt und die Abrüstung einleitet;
- die Umwelt- und Energie- und Rohstoffprobleme friedlich löst;
- die Weltwirtschaftsprobleme so regelt, daß die immer weiter auseinanderklaffende Entwicklung zwischen Arm und Reich zugunsten der armen Regionen beeinflußt werden kann.

Noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts werden 6 statt 4 Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und auszubilden sein. Wenn wir die damit verbundenen Probleme lösen wollen, müssen wir alles tun, damit weder aus Irrtum, noch aus politischen Fehlern ein Konflikt entsteht, der Kälte oder sogar Heißen Krieg ausbrechen läßt.

3. Die beiden Großmächte haben genug Waffen, um das menschliche Leben vielfach auszulöschen.

Neue, gefährlichere und genauere Waffensysteme werden entwickelt, die statt zusätzlicher Sicherheit neue Risiken bringen.

Immer weitere Staaten erreichen die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen, die Aufrüstung der Dritten Welt schreitet fort.

Die Gefahren für die Welt wachsen: Die politische Unterdrückung in vielen Ländern, der fortdauernde Ost-West-Konflikt, Tendenzen, ihn auf die Probleme der Dritten Welt zu übertragen, die ungelösten Probleme des Nahen und Mittleren Ostens sowie die zunehmende Armut in der Dritten Welt schaffen Spannungen, die zum Auslöser von Kriegen werden können.

4. In dieser Situation ist es wichtiger denn je, daß die SPD die Tradition ihrer Friedenspolitik unbeirrt, konsequent und aktiv fortsetzt. Die SPD hat Deutschland nie in einen Krieg geführt. Sie ist die entscheidende politische Kraft, damit nie wieder von Deutschland Krieg ausgeht.

Die SPD hat sich immer zur Aufgabe gemacht, die Menschen zu überzeugen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung in unserem eigenen Interesse notwendig und daß sie erreichbar sind.

Sie begrüßt, daß sich weite Kreise unserer Bevölkerung öffentlich zu diesem Ziel bekennen. Sie teilt die Sorge um den Frieden, wie sie auch in den Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten und darüber hinaus zum Ausdruck kommt; es bleibt Aufgabe und Praxis der SPD, aus dem Willen

A 88-1269

zum Frieden Friedenspolitik zu machen. Sie begrüßt, daß die Sorge um das atomare Wettrüsten auch in der amerikanischen Friedensbewegung Ausdruck findet.

5. Die Friedenspolitik verbindet die Politik der „Sicherheit und Entspannung“, wie die NATO im Jahre 1967 (Harmel-Bericht) beschlossen hat. Zur Friedenspolitik gehört die Politik der Sicherheit durch annäherndes Gleichgewicht zwischen den beiden Bündnissen, das nicht bloß militärisch-numerisch festgestellt werden kann.

Die Atlantische Allianz mit der militärischen Präsenz der USA in Europa ist unverzichtbar für die äußere Sicherheit und die politische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik. Es ist die friedenssichernde Aufgabe der Bundeswehr, im Rahmen des westlichen Bündnisses zur Erhaltung des Gleichgewichts beizutragen. Die notwendigen finanziellen Mittel für unseren Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgabe werden auch künftig bereitgestellt werden.

Eine modern ausgerüstete und ausgebildete Bundeswehr bleibt weiterhin ein wesentliches Element unserer Bündnisfähigkeit in der Nordatlantischen Allianz. Dem entspricht sozialdemokratische Verteidigungspolitik. Unsere Politik und die Ausrüstung der Bundeswehr war und ist an den Auftrag des Grundgesetzes gebunden, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Die Bundeswehr hat unser Vertrauen und unsere Unterstützung.

Gleichgewicht allein reicht aber nicht aus, den Frieden zu sichern. Nicht Rüstung, sondern Rüstungskontrolle und Abrüstung behält für die SPD Vorrang zur Herstellung eines Gleichgewichts. In Verhandlungen muß vereinbart werden, was im konkreten Fall als überprüfbares Gleichgewicht anzusehen ist.

Unsere Entspannungspolitik hat den Frieden in Europa sicherer gemacht, für ungezählte Menschen Erleichterungen gebracht und die Lebensfähigkeit Berlins gestärkt.

Die Entspannungspolitik erhält eine neue politische Qualität, wenn es gelingt, die Kräfte der ganzen Nation in beiden deutschen Staaten gemeinsam mit den europäischen Nachbarn in Ost und West auf das Ziel einer dauerhaften europäischen Friedensordnung zu lenken.

Diese Politik will auch bei Schwierigkeiten und Rückschlägen durch blocküberspannende Vereinbarungen zusätzliche friedensstabilisierende Bedingungen schaffen. Zu diesem Prozeß der Entspannungspolitik sieht die SPD auch weiterhin keine vernünftige Alternative. Trotz der zwischen den Blöcken bestehenden Gegensätze und Unterschiede muß also eine Politik der Mäßigung, des Dialogs und der Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Auch Länder und Bündnisse mit gegensätzlichen oder unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssystemen teilen das übergeordnete Interesse, gemeinsam zu überleben. Gemeinsames Überleben verlangt auch künftig eine Politik der Partnerschaft zur Sicherheit. Nur in ihrem Rahmen kann und muß der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssystemen stattfinden.

6. Friedenspolitik ist nicht allein eine Frage der militärischen Abrüstung und der Außenbeziehungen der Staaten. Ohne Vertrauen zwischen den Völkern, ohne Bereitschaft zur Friedfertigkeit und ohne eine aktive Erziehung zum Frieden bleibt die Gefahr von Mißtrauen, Haß und kriegerischen Konflikten. Das Recht auf Verteidigung, zu dem sich die SPD ausdrücklich bekennt, darf nicht für eine Politik des Kalten Krieges und der Konfrontation mißbraucht werden.

Die Friedenspolitik nach außen muß auf Friedenspolitik im Innern gründen. Wir fordern den Abbau von immer noch verbreiteten Feindbildern, die Unfrieden zwischen den Völkern und dem eigenen Lande schüren.

7. Eine Politik der Partnerschaft zur Sicherheit ist von Willy Brandt und Helmut Schmidt in der Verantwortung für unser Land kontinuierlich verfolgt worden; sie eröffnet die Perspektive, den elementaren Wunsch der Menschen und Völker nach Sicherheit als gemeinsame Aufgabe zu begreifen und zu lösen: Erst eine Partnerschaft zur Sicherheit ermöglicht, die Rüstungsspirale anzuhalten, Gleichgewichte zu vereinbaren, die Einführung neuer Waffensysteme zu verhindern, Abrüstungsvereinbarungen zu treffen und durch Vereinbarungen die Notwendigkeit der Abschreckung abzubauen. Eine Partnerschaft zur Sicherheit kann die Kräfte freisetzen, die erforderlich sind, um die großen Aufgaben der Menschheit anzupacken: Hunger und Unterentwicklung zu überwinden und das ökologische Gleichgewicht unseres gemeinsamen Lebensraumes, der Erde, herzustellen.

Die SPD appelliert an die Menschen in unserem Lande und in der Familie der Völker, sich zur Partnerschaft der Sicherheit zu bekennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Dieser Appell richtet sich nicht nur an die Atommächte, sondern auch an die 2. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die neue, auch regionale Ansätze für eine umfassende Politik der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung finden soll.

Eine politische Unterstützung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und eine konsequente Stärkung des Lagers der wirklich blockfreien Staaten, ist ein wesentlicher Beitrag sozialdemokratischer Friedenspolitik.

8. Die SPD hat auf ihren Parteitagen in Hamburg und Berlin ihre Grundsätze zur Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen des Bündnisses umfassend dargelegt und beschlossen. Sie verweist auf diese Beschlüsse.

9. Gegenseitiger Gewaltverzicht ist das Herzstück unserer Entspannungspolitik, die nach Ausgleich und Versöhnung gerade auch mit unseren östlichen Nachbarn trachtet. Die Zukunft dieser Politik wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, den Gewaltverzicht auch im militärischen Kräfteverhältnis durchzusetzen, insbesondere durch Verzicht auf militärische Überlegenheit. Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung sind daher notwendiger Bestandteil einer wirksamen Entspannungspolitik.

10. Unser Ziel bleibt ein atomwaffenfreies Europa, wie es im Godesberger Programm beschlossen wurde. Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel müssen abgeschafft werden. Sie sollen in Europa weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Die Reduzierung des weltweiten Kernwaffenpotentials und die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen können nicht durch ein Aussteigen einzelner Staaten aus ihren Bündnisssystemen erreicht werden.

B.

11. 1981 ist zwischen den beiden Supermächten ein neuer Versuch zur Rüstungsbegrenzung begonnen worden. Die SPD fordert Moskau und Washington auf, die Verhandlungen auf allen Ebenen konstruktiv im Geiste einer Partnerschaft zur Sicherheit zu führen.

Sie begrüßt insbesondere die Verhandlungen in Genf, die unter wesentlicher Mitwirkung der Bundesregierung in Gang gekommen sind und zur Verminderung der Europa bedrohenden atomaren Mittelstreckenwaffen führen sollen.

Die SPD fordert, diese Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, sowjetische euro-strategische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer euro-strategischer Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten überflüssig zu machen.

12. Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für neue Raketenysteme kürzerer Reichweiten, also unterhalb der Mittelstreckenwaffen in Ost und West für die Dauer der Genfer Verhandlungen.

Sie fordert schließlich, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen, einschließlich der nuklearfähigen Flugzeuge beider Staaten, schrittweise in die Verhandlungen einbezogen werden.

13. Die SPD bekräftigt: es darf – gemäß der Entscheidung des Berliner Parteitages vom Dezember 1979 – keinen Automatismus der Stationierung geben; außerdem wird zu prüfen sein, „ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden“. Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.

14. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion auf, endlich ernst zu machen mit der Begrenzung und Verminderung nuklear-strategischer Waffen (SALT/START). Wir begrüßen die Absicht des amerikanischen Präsidenten, nunmehr die Gespräche mit der sowjetischen Führung hierüber wieder aufzunehmen. Die Erfüllung der von ihnen im Atomwaf-

fen-Sperrvertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen ist Voraussetzung dafür, daß dem Nicht-Verbreitungs-Gebot weltweit Geltung verschafft werden kann. In diesem Zusammenhang ist wichtig, selbstaufgelegte, vereinbarte Begrenzungen auf dem Gebiet der Anti-Raketen-Raketen (ABM) nicht aufs Spiel zu setzen und einen umfassenden Teststopp-Vertrag abzuschließen.

15. Für das Gleichgewicht zwischen Ost und West werden die französischen und britischen Nuklearwaffen zu berücksichtigen sein.

16. Unser Nein zur Neutronenwaffe gilt. Wir fordern ihre weltweite Ächtung.

17. Die SPD fordert die zügige Ratifizierung und Verwirklichung des Vertrages zum Verbot der biologischen Waffen.

18. Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen müssen endlich auf der Grundlage eines ausreichend überprüfbaren Abkommens mit dem Ziel weltweiter Ächtung verboten werden.

19. Die SPD lehnt die Produktion und Lagerung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie fordert die Bundesregierung auf, als Beitrag zu einer beiderseitigen Abschaffung solcher Waffen in Europa darauf hinzuwirken, daß die Giftgasbestände in der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe die Zustimmung verweigert wird.

20. Die SPD drängt darauf, bei den Wiener Verhandlungen über die Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa (MBFR) ein erstes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Die bisherigen Verhandlungen gestatten und verlangen einen neuen politischen Impuls.

21. Die Furcht vor Überraschungsangriffen ist eine wichtige Quelle

des Mißtrauens zwischen Ost und West. Eine inhaltliche und geographische Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen ist daher vordringlich. Dies muß durch zügige Verhandlungen der Konferenz für Abrüstung in Europa (KAF) möglich werden, für die bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid ein entsprechender Auftrag erteilt werden muß. Nur so kann die mit der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 eingeleitete Entwicklung intensiviert werden.

22. Auch angesichts schwerer gewordener Bedingungen wird die Bundesregierung aufgefordert, weiterhin aktiv zu bleiben, damit die beiden deutschen Staaten ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa durch Initiativen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gemäß Grundlagenvvertrag gerecht werden. (Angenommen)

Initiativantrag 5

Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik

Die Versuche der CDU/CSU, die Friedens- und Konfliktforschung, die dank der Initiative Gustav Heinemanns innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Ansehen erlangt hat, zu diskreditieren und die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung aufzulösen, werden entschieden zurückgewiesen.

Die SPD erkennt an und begrüßt, daß die Friedens- und Konfliktforschung im vergangenen Jahrzehnt den Sicherheitsbegriff von einer einseitigen militärischen Sichtweise weg zu einem umfassenden Verständnis erweitert hat, das

– die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gefährdungen der Menschheit gleichermaßen einbezieht,

– die öffentliche Diskussion über Abrüstung, Rüstungskontrolle und Waffenexport belebt,
– die Voraussetzungen für Entspannung verdeutlicht, sowie
– alternative Modelle der Überwindung von Unterentwicklungen entwickelt hat.

In den von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung geförderten Projekten ist ebenso wie in der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und dem Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik ungeachtet der notwendigen Anfangsprobleme beachtenswerte Forschungsarbeit geleistet worden.

Der Parteitag fordert Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, auch weiterhin die finanziellen und personellen Voraussetzungen für Fortsetzung der Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung sowie die Förderung dieses Forschungszweiges sicherzustellen. Der Parteitag fordert ferner die Regierungen und Fraktionen in Hessen und Hamburg auf, ihre Institute für Friedensforschung zu erhalten und auszubauen. Dabei ist allerorten zu gewährleisten, daß die Forschungsarbeit im Dialog mit Politik und Administration, aber unabhängig von ihnen betrieben werden kann. Friedens- und Konfliktforschung hat als Barometer für friedensgefährdende Entwicklungen eine unverzichtbare Aufgabe für die praktische Politik. (Angenommen)

Initiativantrag 19

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik

1. Auf dem ordentlichen Parteitag 1983 reicht es nicht aus, allein die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen

zu bewerten und ein Votum zur Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen abzugeben. Der Parteitag 1983 muß darüber hinaus umfassende Antworten geben, wie unter veränderten Problem- und Gefahrenbedingungen die sozialdemokratische Sicherheitspolitik im Rahmen des westlichen Bündnisses weiterentwickelt werden kann.

Ziel ist es, der Eskalationsgefahr und der Mechanik des Wettrüstens systematisch entgegenzuwirken, auf der Grundlage einer defensiven Verteidigungskonzeption und der darauf abgestimmten Politik der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle in Europa.

2. Dazu sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten, in deren Mittelpunkt die Probleme der Nuklearwaffen und alternativen Strategien bzw. Doktrinen stehen:

– Welche Schritte sind erforderlich, um den Gefahren einer Regionalisierung eines Krieges auf Mitteleuropa mit sicherheitspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen wirksam zu begegnen?

– Welchen sicherheitspolitischen Zusammenhang gibt es zwischen den Plänen eines Ausbaus der britischen Nuklearverteidigung und dem amerikanischen Vorhaben des Ausbaus der Mittelstreckenraketenbewaffnung auf Schiffen und dem militärischen Teil des Nato-Doppelbeschlusses? Gibt es angesichts dieser Entwicklung überhaupt noch eine Notwendigkeit für gesonderte eurostrategische Systeme, bzw. welche Möglichkeiten einer Stationierung eurostrategischer Systeme auf Schiffen ergeben sich aus diesen veränderten Entscheidungsbedingungen?

– Welche Möglichkeiten gibt es zur Schaffung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen in Europa und welche Schritte sind geeignet, diesem Ziel näher zu kommen?

– Welche sicherheitspolitischen Schritte sind erforderlich, um auf einen Erst-

satz von Atomwaffen seitens der Nato verzichten zu können?

– Welche Möglichkeiten einer Verbesserung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an nuklearstrategischen Entscheidungen gibt es, die unser Land unmittelbar betreffen?

– Welche Möglichkeiten zur Verbesserung der westeuropäischen Zusammenarbeit innerhalb der Nato gibt es, um einen gemeinsamen westeuropäischen Verteidigungsbeitrag innerhalb der Nato leisten zu können?

– Sind die laufenden Beschaffungsprogramme der Bundeswehr unserer Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren gewachsen (Akzeptanzkrise, Kostenexplosion, Rekrutierungskrise)? Welche Weiterentwicklung der bewährten Wehrstruktur der Bundeswehr ist notwendig, um der Kostenexplosion, der Übertechnisierung der Streitkräfte und der zu erwartenden Abnahme der Zahl der Wehrpflichtigen Rechnung zu tragen? Wie sind die mehr konventionellen Modelle einer Raumverteidigung zu bewerten, welche Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung gibt es?

– Wie sind die Vorschläge für eine mehr europazentrierte Abrüstungsinitiative zu beurteilen, und welche Konzeptionen sind im Bereich der KAE und der MBFR für eine wirkungsvolle europäische Abrüstung zu verfolgen?

– Welche Chancen bestehen für deutsch-deutsche Abrüstungsinitiativen?

3. Der Bundesparteitag beauftragt den Parteivorstand, bis zum Sommer 1983 dazu einen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht soll Vorschläge zur Weiterentwicklung und Modernisierung sozialdemokratischer Sicherheitspolitik und der gegenwärtig geltenden sicherheitspolitischen Doktrinen enthalten und ist dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Kommission Sicherheitspolitik des Parteivorstandes soll zur Erarbeitung dieses Berichts auch diejenigen

Sachverständigen hören, die in den vergangenen Jahren Vorschläge zur Reform sicherheitspolitischer Konzeptionen vertreten haben.

(Angenommen)

Antrag 2

Einsetzung einer Enquête-Kommission „Zukünftige Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik“

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialliberale Bundesregierung werden hiermit gebeten:

1. Eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema: „Zukünftige Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik: konzeptionelle und institutionelle Aspekte“ einzusetzen.

2. Diese Enquête-Kommission soll eine Stellungnahme zur gegenwärtigen Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik und zu den in der Diskussion befindlichen Alternativen erarbeiten und dem Bundestag bis zum Ende der 9. Legislaturperiode vorlegen.

3. Bei der Stellungnahme sollten folgende Kriterien zugrunde gelegt werden;

– Finanzierbarkeit unserer Rüstung in den 80er und 90er Jahren;

– Verträglichkeit der Rüstung und der Wehrstruktur mit entspannungs- und rüstungskontrollpolitischen Zielen;

– Verträglichkeit der Militärstrategie und der Wehrstruktur mit dem Gebot eines größtmöglichen Schutzes der Zivilbevölkerung bei einem Versagen der Abschreckung;

– Vereinbarkeit der militärischen Rüstung und der Einsatzdoktrinen mit den längerfristigen energiepolitischen Planungen der Bundesregierung.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 11

Defensive Bewaffnungsstruktur

Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert darauf hinzuwirken, daß

1. umgehend eine Umstellung der Bundeswehr auf eine eindeutig defensive Bewaffnungsstruktur durchgeführt wird;

2. rechtzeitig vor der Beratung des Bundeshaushalts 1983 Vorschläge zum Verteidigungshaushalt erarbeitet werden, mit denen eine Senkung der Rüstungskosten erreicht und zugleich die von vielen Seiten geforderte Umstellung auf vornehmlich defensiv einsetzbare Waffen eingeleitet wird;

3. eine Rüstungskosten senkung und zugleich Stärkung der Defensivbewaffnung durch radikale Kürzung des Tornadoprogramms.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 260

Enquete-Kommission: Zukünftige Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialliberale Bundesregierung werden hiermit gebeten:

1. Eine Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zum Thema

„Zukünftige Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik“ einzusetzen.

2. Bei der Stellungnahme sollten folgende Kriterien zugrunde gelegt werden:

Finanzierbarkeit unserer Rüstung in den 80er und 90er Jahren;

Verträglichkeit der Rüstung und der Wehrstruktur mit entspannungs- und rüstungskontrollpolitischen Zielen;

Verträglichkeit der Militärstrategie und der Wehrstruktur mit dem Gebot eines größtmöglichen Schutzes der Zivilbevölkerung bei einem Versagen der Abschreckung;

– Vereinbarkeit der militärischen Rüstung und der Einsatzdoktrinen mit den längerfristigen energiepolitischen Planungen der Bundesregierung.

3. Diese Enquete-Kommission soll eine Stellungnahme zur gegenwärtigen Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik und zu den in der Diskussion befindlichen Alternativen erarbeiten und dem Bundestag bis zum Ende der 9. Legislaturperiode vorlegen.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 261

Defensivkonzepte und Defensivrüstung

Die Bundeswehr hat die Aufgabe, durch Bereitstellung konventioneller militärischer Mittel einen möglichen Angreifer abzuschrecken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es nicht der Fähigkeit zur Führung offensiver Operationen in gegnerisches Gebiet. Die ausschließlich defensiven Absichten müssen in Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr stärker als bisher zum Ausdruck

kommen. Konventionelle Defensivkonzepte, die sich die Vorteile moderner Abwehrsysteme zunutze machen, unterstreichen die Möglichkeit und Effektivität der vorgeschlagenen Umstrukturierung. Diese entspricht dem Auftrag des Grundgesetzes. Zugleich kann sie die Vertrauensbildung fördern.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 262

Defensivstrategie der Bundeswehr

Dem Grundgesetz entsprechend haben deutsche Streitkräfte ausschließlich der Verteidigung zu dienen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Abrüstung der Bundeswehr ihrem Verteidigungsauftrag anzupassen und auch bei den im Rahmen der Nato in Deutschland stationierten Truppen der Alliierten auf eine Defensiv-Bewaffnung hinzuwirken.

Militärische Waffensysteme, die geeignet sind, schnell und tief in das Gebiet des Gegners einzudringen und darin Verwüstung anzurichten, sind Angriffswaffen. Hierher gehören konventionelle Waffen wie Panzer, Flugzeuge, Kriegsschiffe ebenso wie Raketen. Atomare Waffen jeder Art sind Angriffswaffen, da ihr Einsatz im eigenen Land sich bei der Folge von dessen Verseuchung und Vernichtung verbietet.

Wir fordern daher ein Ende der Aufrüstung mit mehr Panzern, mehr Flugzeugen, mehr Raketen. An ihr Stelle soll eine verstärkte Ausrüstung mit eindeutig defensiven Systemen wie Panzerabwehr-, Flugzeugabwehr-, Raketenabwehrwaffen treten.

Diese Umrüstung von Offensiv auf Defensivbewaffnung sollte uns um so leichter fallen, als zum ersten Mal in der Geschichte die Defensivwaffen an Qualität den Offensivwaffen überlegen sind.

Mit unserer Forderung wollen wir erreichen:

1) mehr Sicherheit durch Verminderung des Vernichtungsrisikos, wenn für einen Gegner erkennbar ist, daß er von uns nicht bedroht wird.

2) mehr Abschreckung durch ein für den Gegner glaubhaftes Verteidigungskonzept. (Verteidigung mit der Konsequenz der Selbsterstörung ist unglaubhaft!)

3) mehr Glaubwürdigkeit und eine Stärkung der Bundeswehr in ihrem Selbstverständnis als Verteidigungsarmee.

4) eine Senkung der Rüstungskosten, da Verteidigungswaffen nur Bruchteile von Angriffswaffen kosten.

5) eine Verkürzung der militärischen Ausbildungszeit auf einige Wochen, da Abwehrwaffen im Gegensatz zu Angriffswaffen leicht zu bedienen sind.

Die für eine konventionell ausgerüstete Defensivarmee benötigte Aufstockung an Soldaten ließe sich durch eine längere Wehrüberwachungszeit in dezentralen, heimatnah üübenden Verbänden (ähnlich der Schweizer Volksmiliz) erreichen.

6) Wir hoffen, durch Umstellung auf eine reine Defensivstrategie, von Deutschland ausgehend nach und nach zu einem Abbau der gegenseitigen Bedrohung der Supermächte in Europa zu kommen und die Möglichkeit zu eröffnen, Europa unter Beibehaltung seiner Verteidigungsfähigkeit in eine atomwaffenfreie Zone umzuwandeln.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 263

Reform der Bundeswehrstruktur

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß Organisation, Ausrüstung, Ausbildung und Bewaffnung der Bundeswehr in Zukunft noch stärker ihrem defensiven Auftrag angeeignet werden. Insbesondere sind die hochtechnisierten und kostspieligen Panzerverbände allmählich zugunsten einfacher und billiger Panzerabwehrwaffen zu vermindern. Auch die komplexen Waffensysteme der Luftwaffe und Marine sind daraufhin zu überprüfen, ob sie nach Anzahl und Leistungsgrad für Verteidigungszwecke notwendig sind. Ziel muß sein, die Offensivfähigkeit der Bundeswehr abzubauen, gleichzeitig aber ihre Defensivfähigkeit zu stärken.

Dadurch würde der Verteidigungshaushalt langfristig erheblich gesenkt werden können. Die Entspannungspolitik erzielte neue Impulse.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 264

Verteidigungskonzept

Die SPD erhebt die Forderung nach einer Neuformulierung der militärischen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und deren offensive Vertretung gegenüber den Bündnispartnern innerhalb der NATO: Der Auftrag der Bundeswehr und der auf dem Territorium unseres Landes stationierten Truppen verbündeter Staaten muß sich an einem strikten Defensivkonzept orientieren, das auch im Ver-

leidigungsfall die Überlebensfähigkeit der Bundesrepublik als entwickelte Industriegesellschaft nicht in Frage stellt.

Der inhaltliche Kern eines strikten Defensivkonzeptes für die militärische Sicherheitspolitik ist folgender: Zum einen übt es eine Abhaltungswirkung derart aus, daß ein potentieller Aggressor mit nicht exakt kalkulierbaren Aggressionskosten – wenn auch nicht nur in militärischen Verlusten gerechnet – konfrontiert sein wird. Zum anderen verzichtet es nicht nur auf die subjektive Bedrohungsabsicht sondern auch auf die objektive Bedrohungsmöglichkeit gegenüber dem (den) Adressaten der Sicherheitspolitik. Nur die Annahme des strikten Defensivkonzeptes bietet eine realistische Aussicht, den Teufelskreis des Wettrüstens – der sich verstärkenden Unsicherheit und immer höherem Rüstungsniveau – zu durchbrechen.

Die Verwirklichung des strikten Defensivkonzeptes in der militärischen Sicherheitspolitik muß auf mehreren Ebenen ansetzen:

1. Wegen ihres für Dritte objektiv bedrohlichen und im Verteidigungsfalle selbstzerstörerischen Charakters erstreckt die Bundesrepublik Deutschland ihren Verzicht auf ABC-Waffen auch auf die Verbringung solcher Waffen in das Bundesgebiet durch verbündete Staaten. In diesem Zusammenhang ist auch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in den geographischen Grenzen Europas anzustreben.

2. Die Beschaffung von offensivfähigen Großwaffensystemen für die Bundeswehr ist einzustellen; die vorhandenen Bestände sind schrittweise auszumustern. Neue Aufträge für Forschung und Entwicklung sind nicht zu erteilen. Statt dessen sind Schwerpunkte der Ausrüstung der Bundeswehr bei eindeutigen konventionellen Abwehrwaffensystemen zu setzen.

3. Die Bundeswehr ist neu zu gliedern und ihre Mannschafsstärke

entsprechend der Neugliederung deutlich herabzusetzen. Die Neugliederung muß die Betonung auf mobile, dezentral fähbare und versorgbare Kleinverbände legen.

4. Für einen den möglichen Schädenswirkungen des strikten Defensivkonzeptes im Verteidigungsfalle entsprechenden Schutz der Zivilbevölkerung ist Sorge zu tragen.

5. Die Neuorientierung der militärischen Sicherheitspolitik auf der Grundlage des strikten Defensivkonzeptes muß sich kurzfristig in einem realen Nullwachstum, mittelfristig in einer realen Senkung der Verteidigungsausgaben auf ein stabiles niedrigeres Niveau niederschlagen. Die dabei freiwerdenden Mittel sind zugunsten des Entwicklungshilfeetats einzusetzen.

Im Interesse der Friedenssicherung in Europa hält die SPD die hier vorgeschlagene Initiative zur Kurskorrektur der militärischen Sicherheitspolitik für unverzichtbar. Sie wendet sich zugleich mit Entschiedenheit gegen die Auffassung, daß militärische Sicherheit – mit welchen Mitteln auch immer erstrebt – das Rückgrat jeder Sicherheit sei. Die Sicherheit Deutschlands und die Friedenssicherung in Europa beruht vor allem auf einer (Innen-)Politik des gerechten gesellschaftlichen Interessenausgleichs und einer (Außen-)Politik der zwischenstaatlichen Interessensverbindung. In der Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, beispielhaft die Initiative zur militärischen Selbstbeschränkung auf der Grundlage des strikten Defensivkonzeptes zu ergreifen und dadurch zu einer De-Eskalation der Rüstungsanstrengungen in und für Europa beizutragen, kommt nichts anderes zum Ausdruck als die konsequente Fortführung sozialdemokratischer Innen- und Außenpolitik.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 265

Defensivauftrag der Bundeswehr

Die Strukturen und Bewaffung der Bundeswehr sind unter Betonung der Verteidigung und des Verteidigungswillens konsequent auszurichten. Auch Abwehrkonzeptionen nichtmilitärischer Art, wie z. B. die „Soziale Verteidigung“ sind in die Überlegungen einzubeziehen. Ihre Entwicklung ist zu fördern.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 266

Umstellung auf Defensivbewaffung

Dem Grundgesetz entsprechend haben deutsche Streitkräfte ausschließlich der Verteidigung zu dienen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Ausrüstung der Bundeswehr ihrem Verteidigungsauftrag anzupassen und auch bei den im Rahmen der NATO in Deutschland stationierten Truppen der Alliierten auf eine Defensiv-Bewaffung hinzuwirken.

Militärische Waffensysteme, die geeignet sind, schnell und tief in das Gebiet des Gegners einzudringen und darin Verwüstung anzurichten, sind Angriffswaffen. Hierher gehören konventionelle Waffen wie Panzer, Flugzeuge, Kriegsschiffe ebenso wie Raketen. Atomare Waffen jeder Art sind Angriffswaffen, da ihr Einsatz im eigenen Land sich bei der Folge von dessen Verseuchung und Vernichtung verbietet.

Wir fordern daher ein Ende der Aufrüstung mit mehr Panzern, mehr Flugzeugen, mehr Raketen. An ihre Stelle soll eine verstärkte Ausrüstung mit eindeutig defensiven Systemen wie

Panzerabwehr-, Flugzeugabwehr-, Raketenabwehrwaffen treten.

Diese Umrüstung von Offensiv- auf Defensivbewaffung sollte uns umso leichter fallen, als zum ersten Mal in der Geschichte die Defensivwaffen an Qualität den Offensivwaffen überlegen sind.

Mit unserer Forderung wollen wir erreichen:

1) mehr Sicherheit durch Verminderung des Vernichtungsrisikos, wenn für einen Gegner erkennbar ist, daß er von uns nicht bedroht wird.

2) mehr Abschreckung durch ein für den Gegner glaubhaftes Verteidigungskonzept. (Verteidigung mit der Konsequenz der Selbsterstörung ist unglaubhaft!)

3) mehr Glaubwürdigkeit und eine Stärkung der Bundeswehr in ihrem Selbstverständnis als Verteidigungsarmee.

4) eine Senkung der Rüstungskosten, da Verteidigungswaffen nur Bruchteile von Angriffswaffen kosten.

5) eine Verkürzung der militärischen Ausbildungszeit auf einige Wochen, da Abwehrwaffen im Gegensatz zu Angriffswaffen leicht zu bedienen sind.

Die für eine konventionell ausgerüstete Defensivarmee benötigte Aufstockung an Soldaten ließe sich durch eine längere Wehrüberwachungszeit in dezentralen, heimatnah übenden Verbänden (ähnlich der Schweizer Volksmiliz) erreichen.

6) Wir hoffen, durch Umstellung auf eine reine Defensivstrategie, von Deutschland ausgehend nach und nach zu einem Abbau der gegenseitigen Bedrohung der Supermächte in Europa zu kommen und die Möglichkeit zu eröffnen, Europa unter Beibehaltung seiner Verteidigungsfähigkeit in eine atomwaffenfreie Zone umzuwandeln.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Alternative Verteidigung

Die SPD-Bundestagsfraktion und der Parteivorstand werden aufgefordert, dafür einzutreten, daß die Bundesregierung auch alternative Formen und Inhalte der Verteidigung (z. B. Soziale Verteidigung) in ihr offizielles Verteidigungsprogramm mit aufnimmt.

Ferner soll die Bundesregierung die Friedens- und Konfliktforschung sowie die aktive Friedensarbeit, soweit sie auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung basiert, finanziell und ideell stärker als bisher unterstützen.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 268

Suche nach alternativen Verteidigungsstrategien

Der Parteivorstand, die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden gebeten, im Rahmen der Sicherheitspolitik auch alternative Verteidigungsstrategien zu untersuchen und eine breite öffentliche Diskussion zu unterstützen, wie dies in Österreich, Schweden, aber auch im NATO-Staat Niederlande geschieht. Gedacht ist z. B. an die reine Verteidigungsplanung mit einem Netz von 10 000 Technokommandos nach Horst Afheldt. Dafür setzen sich u. a. der Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker und Erhard Eppler ein. Auch das Modell der „Sozialen Verteidigung“ sollte ernster als bisher genommen und auf seine Verwendbarkeit geprüft werden. „Soziale Verteidigung“ wird in wachsendem Maße in kirchli-

chen Kreisen der Bundesrepublik und sogar der DDR vertreten.
(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 269

Überprüfung des Verteidigungskonzeptes

1. Die SPD soll ein Verteidigungskonzept entwickeln, das auf Angriffspotentiale konsequent verzichtet.
2. Ziel einer solchen Verteidigungskonzeption muß es sein, das Überleben der Menschen in Deutschland zu garantieren und ihre Lebensgrundlagen nicht zu zerstören.

3. Soweit die jetzige Verteidigungskonzeption der NATO diesem Ziel nicht entspricht, soll die Bundesregierung sofort eine Änderung der Konzeption bei den entsprechenden Gremien einleiten.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 270

Sicherheitspolitik

Bundesparteitag und Parteivorstand werden aufgefordert, eine verstärkte öffentliche Diskussion über Alternativen zu den erstarrten Grundpositionen in der Sicherheitspolitik zu führen, mit dem Ziel, eine ausreichende Kriegsvermeidungsstrategie zu erreichen und den Bau von Massenvernichtungsmitteln zu stoppen.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 271

Soziale Verteidigung

Die SPD wird aufgefordert, Ziele und Möglichkeiten der zivilen und sozialen Verteidigung als Grundsatz ihrer Verteidigungsüberlegungen zu diskutieren und sie als Ersatz ihrer bisherigen Verteidigungspolitik zu verfolgen.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 272

Soziale Verteidigung

Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, soziale Verteidigung in Wort und Tat einzuüben und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß

- mit allen Teilen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland soziale Verteidigung als gewaltfreier Widerstand und gewaltfreie aktive Verteidigung ohne militärische Mittel auf der Basis von Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland begriffen, akzeptiert, eingeübt und angewandt wird.

Dies ist Aufgabe und Auftrag insbesondere für

- alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
- alle Mitglieder der Bundesregierung und des Parlaments
- alle Angehörigen der Administration auf allen Ebenen in Bund, Ländern und Gemeinden
- alle Teile der judikativen und exekutiven Gewalt.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Antrag 273

Konzepte für alternative Verteidigung

1. Forderungen an die Bundesregierung

- a. Möglichkeiten alternativer Verteidigung müssen schnellstens weiter erforscht und genauer auf die Anwendbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland geprüft werden. Besonders dringlich angesichts der Diskussion um die Grauzonenwaffen ist eine sofortige Untersuchung des Afheldt-Konzeptes, das Übergangslösungen anzubieten scheint.

- b. Zu zweckgebundenen Forderungen dieser und ähnlicher rein defensiver Verteidigungskonzepte muß sofort ein Anteil in Höhe von 0,02 % aus dem Verteidigungshaushalt abgezogen werden.

- c. Es müssen die Anstrengungen in der Militärforschung zurückgenommen werden. Diese Rücknahme muß sich primär auf die Forschung und Entwicklung im Bereich aggressiv verwendbarer Waffen beziehen.

- d. Es müssen unverzüglich in der NATO taktische und strategische Überlegungen zur Realisierung von rein defensiven Verteidigungsalternativen in Gang gesetzt werden

2. Forderungen an die Partei

- a. Es sind unverzüglich auf den verschiedenen Ebenen der Partei Gesprächsforen einzurichten, die alternative Verteidigungskonzepte behandeln. Diesen Foren sollen insbesondere auf Bundesebene Personen angehören, die ihre Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Verteidigung bzw. der rein defensiv verwendbaren Rüstung erwiesen haben.

- b. Der Parteivorstand möge einen Friedenspreis der SPD stiften, mit dem alle zwei Jahre der bedeutendste Beitrag in politischer, publizistischer

oder wissenschaftlicher Arbeit auf dem Gebiet gewaltfreier Verteidigung ausgezeichnet wird.

c. Der Parteivorstand möge die Diskussion über Möglichkeiten, zu gewaltfreier Verteidigung zu gelangen und diese auszugestalten, in allen Parteigliederungen anregen und durch Hilfen auf dem Gebiet der Information (Sozialdemokrat-Magazin, Pressedienst, Referenten, Broschüren, Literaturdokumentation u. ä.) unterstützen.

d. Der Parteivorstand möge innerhalb der nächsten 2 Jahre einen Sonderparteitag zum Thema „Gewaltfreie Verteidigung / rein defensive Verteidigungskonzepte“ einberufen.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Initiativantrag 17

Alternatives Verteidigungskonzept

Der Parteivorstand wird beauftragt, die verteidigungs- und rüstungspolitische Konzeption der Bundeswehr und der NATO zu überprüfen. Ziel ist, der Eskalationsgefahr und der Mechanik des Wettrüstens systematisch entgegenzuwirken und insbesondere Waffen, die nicht ausschließlich Verteidigungswaffen sind, auf dem europäischen Territorium der NATO entbehrlich zu machen. Anstelle eines Gleichgewichtskonzepts, das nur von dem zahlenmäßigen Gleichgewicht der einzelnen Waffengattungen in Ost und West ausgeht, ist ein auf dem gemeinsamen politischen Willen zur Entspannung und zur Zusammenarbeit gegründetes auftragbezogenes Gleichgewichtskonzept zu entwickeln, das es auch in den 80er Jahren überflüssig macht, den Verteidigungs-

haushalt weiter zu steigern, die Dauer der Wehrpflicht zu verlängern und einen freiwilligen Wehrdienst von Frauen einzuführen.

Die Ergebnisse dieser Überprüfung und entsprechende Vorschläge sind der Öffentlichkeit und dem nächsten Parteitag vorzulegen.

(Überwiesen als Material zu Initiativantrag 19 an Parteivorstand und Bundestagsfraktion)

Initiativantrag 13

Rüstungsexport

Waffenexport

Die SPD stellt fest und fordert:

1. Die Waffen und der Hunger nehmen zu. Immer mehr Menschen müssen hungern, weil in riesigem Ausmaß Erfindergeist, Arbeitskraft, Rohstoffe und Kapital in Rüstung statt in Brot, Wohnung, Bildung und andere zivile Güter investiert werden. Die Menschheit steht vor der Alternative, in den nächsten Jahren hunderte von Millionen Menschen verhungern zu lassen oder ihre Ausgaben für die Rüstung deutlich zu reduzieren und umzulenken.

Wir fordern, in Verhandlungen den Abbau der Rüstung auf ein möglichst niedriges Niveau anzustreben und die so gewonnenen Mittel vor allem zugunsten der Entwicklungspolitik einzusetzen.

2. Durch mehr Waffen wird der Frieden nicht sicherer. Das gilt für Europa, aber auch für die übrige Welt.

Wir fordern, daß unter Wahrung unserer Sicherheit jede neue Rüstungsspirale verhindert und daß endlich mit einer allgemeinen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung begonnen wird. Wir fordern, nicht durch Rüstungsexport zur Aufrüstung und Verarmung anderer Länder, insbesondere der

Entwicklungs- und Schwellenländer beizutragen.

Wir fordern die Anlegung einer öffentlichen Statistik über bund. deutsche Rüstungsexporte. Wir fordern, den Waffenexport nicht auszudehnen, sondern ihn strikt auf die Mitgliedsstaaten des eigenen Bündnisses und ihnen gleichgestellte demokratische Staaten zu begrenzen. Bei Waffenexporten darüber hinaus ist das Parlament zu beteiligen.

Wir fordern, sich bei Kooperationsgeschäften ein Einspruchsrecht zu sichern.

Wir fordern, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und der NATO internationale Verträge anzuregen, die den internationalen Waffenhandel denselben Grundsätzen unterwerfen, von denen sich die Bundesrepublik leiten läßt.

Wir fordern, illegalen Waffenexport schärfer zu verfolgen und schwer zu bestrafen.

Die diskutierten Waffenexporte nach Saudi-Arabien, Chile und Türkei lehnen wir ab, wie auch die Waffenexporte in jedes vergleichbare Land.

Rüstungskonversion

3. Rüstungsexporte und Waffenproduktion überhaupt sind keine geeigneten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bei gleichhoher Investition in zivile Güter könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und gesichert werden, als dies durch Waffenproduktion möglich ist.

Wir fordern, auch zukünftig die für unsere Landesverteidigung benötigten Waffen weitestgehend im eigenen Land herzustellen. Wir fordern, möglichen Arbeitsplatzproblemen in der Rüstungsindustrie durch langfristig vorbereitete Umstellungen auf zivile Produktion vorzubeugen und nicht einen Ausweg in erhöhter eigener Rüstung oder im Rüstungsexport zu suchen.

(Angenommen)

Antrag 4

Einsparungen im Verteidigungshaushalt

Das ständige Wettrüsten bindet Unsummen von Mitteln in Ost und West, die vor allem im sozialen Bereich und der Entwicklungshilfe fehlen.

Aus diesem Grund wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefördert, sich dafür einzusetzen, daß auch im Bereich des Verteidigungshaushaltes Einsparungen vorgenommen werden.

Die Bundesregierung fordern wir auf, darauf hinzuwirken, daß national und weltweit die Etats, die direkt oder indirekt der Entwicklung oder der Produktion von Waffen dienen, offengelegt werden.

(Angenommen)

Antrag 6

Pazifismus

Der Bundesparteitag stellt, da es in der Vergangenheit zumindest mißverständliche Äußerungen gegeben hat, klar, daß der Pazifismus eine Einstellung ist, die vollen Respekt verdient und in der SPD historisch und aktuell ihren legitimen Platz hat.

(Angenommen)

Initiativantrag 2

Zur Lage in Polen

Der Bundesparteitag erklärt seine Solidarität mit dem polnischen Volk, das nach einer langen Geschichte des Leidens und der Unterdrückung in eine tiefe Krise geraten ist. Diese Krise ist ein

Ausdruck der wachsenden Schwierigkeiten des kommunistischen Systems in Osteuropa, sie belastet das Ost-West-Verhältnis und hat schwerwiegende Auswirkung auf die Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Berechtigte Forderungen der polnischen Arbeiterschaft, Forderungen nach Reform und sozialem Wandel auf der einen Seite und politische und wirtschaftliche Fehler, Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf der anderen Seite führten zu Auseinandersetzungen, die den polnischen Staat erschütterten. Am Ende stand die Ausrufung des Kriegsrechts.

Die SPD und die polnische Arbeiterbewegung haben eine lange gemeinsame historische Tradition, die sich gegenseitig beeinflusste im Kampf um unabhängige Gewerkschaften, um Arbeiterrechte, demokratische Freiheiten und nationale Selbstbestimmung.

Die SPD hat sich besonders darum bemüht und innenpolitisch dafür gekämpft, mit dem polnischen Volk nach der Hitlerbarbarei zu einer Normalisierung und zur Verständigung zu kommen. Die mitmenschliche Hilfe vieler Deutscher und zahlreicher Organisationen für Polen ist ein Zeichen dafür. Wir danken unseren Landsleuten dafür und bitten sie, dies weiter zu tun.

Polen muß seine Probleme selbst lösen. Die notwendige wirtschaftliche Hilfe der EG wird nur möglich sein, wenn das Vertrauen in die künftige Entwicklung Polens wieder hergestellt wird.

Die SPD hält eine Politik wirtschaftlicher Sanktionen für ungeeignet, die Lage in Polen zu entspannen. Sie lehnt Sanktionspolitik ab. Wirtschaftliche Sanktionen treffen in erster Linie die Bevölkerung. Sie erschweren den notwendigen Dialog im Lande.

Der Bundesparteitag appelliert an den Militärat, die Regierung und den Sejm:

– Das Kriegsrecht so schnell wie möglich aufzuheben, die persönlichen Rechte und das Koalitionsrecht wieder herzustellen, die dem Bürger nach der Verfassung zustehen und zwischen Regierung und Gewerkschaft vereinbart worden sind.

– Die politischen Gefangenen freizulassen, damit sie zu ihren Familien zurückkehren können.

– Das Gespräch mit allen relevanten Kräften Polens fortzuführen, um zu einer gemeinsamen realistischen Übereinstimmung für den inneren demokratischen Fortschritt zu gelangen.

Der Bundesparteitag dankt dem Kanzler und der Bundesregierung für ihre außenpolitische Besonnenheit und ihr Augenmaß im Verhältnis zum polnischen Staat.

(Angenommen)

Initiativantrag 40

Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis

I. Zusammenarbeit und Freundschaft mit Regierung und Volk der Vereinigten Staaten von Amerika gehören zu den Prinzipien sozialdemokratischer Außenpolitik. Sie beruhen nicht nur auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis, sondern auch auf gemeinsamen Wertvorstellungen vom Recht des Individuums auf Glück und vom Recht der Völker auf Demokratie und Unabhängigkeit. Diese Gemeinsamkeiten müssen sich auch bei aktuellen Interessen- und Meinungsunterschieden bewähren. Sachliche Kritik an Einzelmaßnahmen oder politischen Strategien einer US-Administration ist kein Anti-Amerikanismus.

II. Zwischen der amerikanischen Arbeiterbewegung und der deutschen Sozialdemokratie gibt es historische Bindungen, denen Sozialdemokraten insbesondere aus der Zeit des NS-Regimes Zuflucht, Hilfe und Ermutigung zu verdanken haben. Der Neubeginn einer demokratischen Gesellschaft wäre ohne die Unterstützung durch amerikanische Gewerkschaften nicht möglich gewesen.

Der Parteitag appelliert an alle Gliederungen der Partei, diese Bindungen zu erhalten und zu intensivieren – durch Informationen über die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, der Bürgerrechtsbewegung und des Liberalismus in den USA, – durch Einladungen und Diskussionen mit amerikanischen Referenten, – durch gemeinsame Veranstaltungen mit den in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten – und durch Besuche in den USA im Rahmen der internationalen Arbeit.

III. Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, die Bildung eines „deutsch-amerikanischen Austauschbüros für die Junge Generation“ zu initiieren und dafür wirksame finanzielle Hilfe zu geben. Sein Ziel soll sein, mehr Jugendlichen aus allen Schichten die Chance zu eröffnen, das Partnerland in seiner ganzen gesellschaftlichen Breite kennenzulernen, um dadurch das Bewußtsein der Gemeinsamkeit von Werten und Problemen zu verstärken und gemeinsame Zukunftslösungen zu finden.

Zu den Aufgaben des Austauschbüros könnte gehören:

1. Information über Besuchs- und Austauschprogramme und ihre politische kulturelle und soziale Bedeutung,
2. Unterstützung privater Austauschorganisationen durch Angebote zur Koordination und durch finanzielle Zuwendungen,
3. zusätzliche Programme für die

Jugendorganisationen der Parteien und Gewerkschaften, der Kirchen, der Vereine und Verbände,

4. Angebote für Vor- und Nachbereitungskurse für Austauschteilnehmer,

5. Werbung und Vermittlung von Partnerschaftsorganisationen und -familien,

6. Seminare über gemeinsame innen- und außenpolitische Zukunftsaufgaben für junge Wissenschaftler und Politiker.

Das Büro sollte nicht als Teil staatlicher Verwaltung organisiert werden, um unbürokratische Arbeit und Mitwirkung privater Träger zu ermöglichen. Mittel für diese Initiative sollten bereits im Haushaltsjahr 1983 bereitgestellt werden.

(Angenommen)

Antrag 327

Europapolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands orientiert sich – im Hinblick auch auf die 1984 stattfindenden zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament – an den folgenden europapolitischen Leitlinien:

Der Zusammenschluß der Völker Europas bleibt ein wichtiges Ziel, die EG ein Eckpfeiler deutscher Politik.

Die Bundesrepublik Deutschland kann ihre Interessen am besten gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft wahren.

Der historische Prozeß der europäischen Einigung darf durch die gegenwärtige Krise der EG, die zu einem wesentlichen Teil aus den anhaltenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten resultiert, nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr bedarf es verstärkter politischer Anstrengungen, um die gegenwärtigen

tige Krise der Gemeinschaft zu überwinden.

Es gilt zu erkennen: Für die Sicherung des Friedens, für den materiellen Wohlstand der europäischen Bürger und für deren soziale Sicherheit ist die EG ohne Alternative.

Auch kann die Gemeinschaft durch eine bessere Abstimmung zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag leisten, um die Arbeitslosigkeit vor allem in den strukturschwachen Regionen der Gemeinschaft zu bekämpfen. Dabei muß vermieden werden, daß durch einander widersprechende wirtschaftspolitische Konzepte sowohl nationale wie gemeinschaftliche Anstrengungen zu einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterlaufen werden und Mitgliedstaaten versuchen, ihre Beschäftigungssituation zu Lasten anderer Mitglieder zu entlasten.

Es zeigt sich zunehmend, daß die einzelnen Staaten nicht mehr hinreichend in der Lage sind, die Energieversorgung und den Schutz der natürlichen Umwelt garantieren zu können. Die EG ist der geeignete Rahmen für gemeinsame Lösungen.

In manchen Bereichen der Politik wird der innerstaatliche Spielraum schon jetzt durch Gemeinschaftsentscheidungen in erheblichem Maße beeinflusst und begrenzt. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind davon am Arbeitsplatz und im Urlaub ebenso unmittelbar betroffen wie als Verbraucher oder als Produzenten.

Die SPD nimmt in Aussicht, der Europapolitik als einem vierten Bereich – neben der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik – ihre verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Wir müssen uns darum bemühen, in der Bevölkerung ein neues Engagement für die Einigung Europas zu wecken. ¹²

Die Europäische Gemeinschaft weist in ihrer aktuellen Gestalt eine Reihe von Fehlentwicklungen und Ver-

säumnissen auf. Neben der gemeinsamen Agrarpolitik in ihrer derzeitigen Form und Finanzierung gehören dazu vor allem die zunehmende Entscheidungsunfähigkeit der Gemeinschaftsorgane und die geringe demokratische Legitimation der EG-Entscheidungen.

Dazu gehören auch bürokratische Regelungen, die einer Gemeinschaftspolitik eher abträglich sind. Sozialdemokratische Europapolitik erstrebt deshalb eine Reform der EG-Strukturen.

In der direkten Wahl des Europäischen Parlaments haben die deutschen Sozialdemokraten einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung der Gemeinschaft gesehen. Den Wahlkampf 1979 hat die SPD u. a. mit der Forderung nach mehr Rechten für die demokratisch gewählte europäische Volksvertretung geführt. Auf diesem Gebiet hat sich bislang fast nichts bewegt. Die Stellung des gewählten Parlaments gegenüber Ministerrat und Kommission ist nach wie vor sehr schwach.

Bei der zweiten direkten Wahl des Europäischen Parlaments 1984 werden die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland fragen, welchen Einfluß die von ihnen gewählten Abgeordneten auf die Gestaltung der europäischen Politik nehmen können. Wenn es bei der bisherigen Einflußlosigkeit des Parlaments bleibt, kann das – zusammen mit den inhaltlichen Defiziten der EG-Politik – zu bedauerlichen Folgen für die Wahlbeteiligung führen. Ein so entstehendes oder behauptetes „Votum gegen Europa“ würde die europäische Politik der Bundesregierung erschweren und damit auch den nationalen Interessen der Bundesrepublik widersprechen.

Gemeinschaftsorgane: Verbesserung der Entscheidungsfähigkeit und Legitimation

Die SPD fordert die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion und die

Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich nachdrücklich für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft und für eine sachgerechte Erweiterung der Rechte ihrer direkt gewählten Volksvertretung einzusetzen. Die Vervollständigung der Vorschläge, die das Europäische Parlament selbst zur Verstärkung seines Einflusses innerhalb des Rahmens der geltenden Verträge beschlossen hat, ist unserer Meinung nach wichtig, um einer Erstarrung der Gemeinschaft entgegenzuwirken.

Die SPD unterstützt das Bemühen ihrer Abgeordneten im Europäischen Parlament, eine Reform der Institutionen herbeizuführen, damit die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane verbessert und die Gemeinschaftsentscheidungen breiter legitimiert werden. Dazu gehört, daß das Europäische Parlament erweiterte Haushaltsrechte erhält, auch das Recht der Mitentscheidung bei Vertragsänderungen, Beitrittsverträgen, Abkommen mit Drittländern und bei der innergemeinschaftlichen Rechtsetzung. Ein Mitwirkungsrecht bei der Einsetzung der Kommission würde gleichfalls in diesen Zusammenhang gehören. Wir erwarten, daß die institutionellen Reformen eine Reform der Agrarpolitik, die Umschichtung des EG-Haushaltes – zugunsten sozial- und regionalpolitischer Maßnahmen – und die Kontrolle des Haushaltsgebührens der Kommission verbessern und erleichtern werden.

Der Ministerrat der EG muß künftig zu dem in den Verträgen vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen als der normalen Verfahrensweise zurückkehren. Die Bundesregierung muß sich für geeignete Verfahren einsetzen, die gewährleisten, daß sich ein Mitgliedstaat nur im Ausnahmefall auf „sehr wichtige Interessen“ berufen kann, um einen Mehrheitsbeschluß zu verhindern. Der Europäische Rat sollte als Organ der Orientierung

und Lenkung mit den übrigen Organen der Gemeinschaft verbindlich verklammert werden.

Reform der europäischen Haushaltspolitik

Die gegenwärtige Ausgestaltung der Politik und des Haushaltes der Gemeinschaft muß verbessert werden.

Die SPD fordert dazu:

- Einführung einer wirksamen gemeinschaftlichen Regionalpolitik mit Konzentration auf die tatsächlich bedürftigen Regionen und mit angemessener finanzieller Ausstattung;
- Entwicklung des Sozialfonds zu einem Instrument, das zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen kann;
- Entwicklung einer Energie- und Industriepolitik, die sich an den Notwendigkeiten der Beschäftigungs- und der regionalen Strukturpolitik orientiert;
- Entwicklung einer Verkehrspolitik unter Einschluß der finanziellen Hilfe für Gemeinschaftsprojekte mit übernationaler Bedeutung;
- stärkere Ausgestaltung der Umweltschutzpolitik mit Wirkung für alle Gemeinschaftspolitiken, verbunden mit einer besseren finanziellen Ausstattung;
- Ausweitung der Mittel für Zwecke der Entwicklung und Zusammenarbeit sowie verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Diese Maßnahmen müssen die Bedingungen für einen effektiven Einsatz der Mittel erfüllen und stärker als Umverteilung zugunsten der schwächeren Regionen der EG konzipiert sein.

Die SPD unterstützt die Forderung nach einem Finanzausgleich zwischen den wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Regionen der Gemeinschaft. Die Vorteile der wirtschaftlichen Integration fallen ungleichmäßig aus und können Ausgleichsmaßnahmen erforderlich machen.

Bei der Belastung durch den Gemeinschaftshaushalt hält die SPD ein

ausgewogenes Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten für notwendig. Belastungen und Vorteile aus dem Gemeinschaftshaushalt sollten in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Mitgliedstaates und seiner Bürger stehen.

Sie fordert die Bundesregierung auf, im Ministerrat der EG nachdrücklich auf eine solche Reform hinzuwirken und geeignete Vorschläge zu unterstützen.

Eine Erhöhung der 1 %-Mehrwertsteuergrenze kommt gegenwärtig nicht in Betracht. Zusätzlicher finanzieller Spielraum müßte vor allem durch die Reform der Agrarpolitik gewonnen werden.

Unterstützung des EG-Beitritts von Spanien und Portugal

Die SPD unterstützt den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft auch als ein Zeichen demokratischer Solidarität mit diesen Ländern.

Die Gemeinschaft ist aufgefordert, die Zeit bis zu diesem Beitritt zu nutzen, um strukturelle Reformen einzuleiten. Sonst könnte der politische Vorteil des Beitritts durch neue wirtschaftliche und soziale Rückschläge verlorengehen.

Verstärkte Anstrengungen in der Entwicklungspolitik

Die Bundesregierung sollte dafür eintreten, daß die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sich noch mehr als bisher auf ein gemeinsames Vorgehen im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt verständigen. Dazu gehört das Hinwirken auf die baldige Aufnahme von Globalverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen. Die entwicklungspolitischen Instrumente der Gemeinschaft, insbesondere des Abkommens von Lomé, die Zusammenarbeit mit Nichtassozierten sowie die

Kooperationsabkommen im Rahmen der globalen Mittelmeerpolitik sind zu verstärken.

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten müssen sich noch mehr dafür einsetzen, daß die Selbständigkeit und Blockfreiheit der Entwicklungsländer erreicht und gewahrt werden.

Europäische Politische Zusammenarbeit

Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben in der Welt und im westlichen Bündnis, soweit sie dessen Mitglieder sind, europäische Interessen zu vertreten. Die SPD setzt sich entschieden für eine weitere Koordinierung und Abstimmung der Außenpolitik der Mitgliedstaaten ein – mit dem Ziel der Wahrung lebenswichtiger Interessen Europas und der Stärkung seiner Sicherheit. Die Europäische Gemeinschaft muß eine Rolle des Ausgleichs und des Friedens in der Welt spielen.

Als Instrument für die Koordination und die Abstimmung der Außenpolitik ist die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) unter stärkerer Beteiligung des Parlaments auszubauen, wobei dies nicht zur Schaffung neuer Bürokratien führen soll. Fragen der Sicherheitspolitik sollten entsprechend den Vorschlägen der Bundesregierung vom September 1981 in die EPZ einbezogen werden.

(Angenommen)

Folgende Anträge sind vollständig oder in den nicht erledigten Teilen ohne Sachbefassung an den Parteivorstand zur weiteren Behandlung überwiesen worden:

5; 7–10; 17; 19; 22–24; 28; 31; 34; 35; 37; 39; 41; 47; 51–55; 58; 105; 111; 143; 158; 175; 254; 255; 257–259; 281; 283; 286–299; 306–326; 328–359; 795–828; 986–998; I 7; I 14; I 18.

Folgende Anträge sind durch die vom Parteitag behandelten Anträge erledigt:

12–16; 18; 20; 21; 25–27; 29–30; 32; 33; 36; 38; 40; 42–46; 48–50; 56; 57; 59–104; 106–110; 112–142; 144–157; 159–174; 176–253; 274–280; 282; 284; 285; 300–305; I 31.

Antrag 256 ist vom Antragsteller zurückgezogen worden.

Folgende Anträge wurden vom Parteitag abgelehnt:
3; I 37